

AUGUST

17

SEPTEMBER

27

Das müssen Sie wissen für Ihre Entscheidung

NOCH **6** WOCHEN
BIS **6** ZUR WAHL



1. Prüfstein: Finanzkrise

2008 platzte in den USA die „Immobilienblase“ und stürzte weltweit die Finanzmärkte in die Krise. Die Banken hatten für Häuser weit über deren Wert Hypotheken gewährt. Als die Hauspreise einbrachen, konnten die Besitzer ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen. Die Banken saßen auf den wertlosen Immobilien fest. Weil sie sich bei anderen Banken „versichert“ hatten, gerieten international immer mehr von ihnen an den Rand der Pleite. Außerdem stellten sich immer mehr Finanzprodukte als „faul“ heraus. Die Wirtschaft braucht die Banken, weil sie Kredite braucht. Für Rohstoffe, für Investitionen und um die Löhne zu bezahlen. Darum haben die Staaten die Banken mit Staatsgeldern und Bürgschaften gerettet. Die entscheidende Frage ist jetzt, welche Regelungen man für die Finanzmärkte braucht, um solche Krisen in Zukunft zu verhindern.

Am 27. September ist Bundestagswahl. Woche für Woche stellen wir bis dahin den Mitgliedern der IG BCE die Positionen der Gewerkschaft und der Parteien zu wichtigen politischen Fragen vor.

V.i.S.d.P.
Petra Reinbold-Knape,
Inselstraße 6, 10179 Berlin

DAS IST DIE POSITION DER IG BCE:

- Die Unternehmen, in denen die IG BCE-Mitglieder arbeiten, brauchen Banken, weil sie Kredite brauchen.
- Der Staat muss die Banken notfalls zwingen, ausreichende Kredite zu vergeben.
- Wir brauchen in Deutschland, in Europa und weltweit bessere und klarere Regeln für die Finanzmärkte und eine strenge Aufsicht.

DARUM IST DAS THEMA WICHTIG:

- Alle Parteien verlangen Regeln für die Finanzwirtschaft.
- Unterschiede gibt es bei den Fragen, wie weitgehend reguliert werden soll, wer die Aufsicht darüber haben soll und wie weit der Staat im Zweifelsfall eingreifen soll.
- Mit der Wahl am 27. September entscheiden wir also auch über die Regeln zur Kontrolle der Finanzmärkte.

Seite 2: Was die Parteien wollen →

1. Prüfstein: Finanzkrise

*Dies sagen die Programme der Parteien:**

CDU

- international einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung, intensive Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden
- Trennung von Bewertung und Beratung bei den Rating-Agenturen; eine Aufsicht über Rating-Agenturen, die Standards für die Risikobewertung setzt und ihre Einhaltung überwacht
- Hedge-Fonds einem international abgestimmten Regelwerk unterwerfen
- Bankenaufsicht unter einem Dach



- „Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen“
- effektivere staatliche Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene
- schnellstmöglicher Wiederausstieg des Staates bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten
- Bankenaufsicht durch Bundesbank
- unabhängige europäische Rating-Einrichtung
- Kontrolle staatlicher Maßnahmen im Rahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) durch das Parlament



- Banken im Dienst von Gesellschaft und Realwirtschaft; Transparenz und Kontrolle
- Registrierung und lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds
- Registrierung, klare Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten sowie für Transparenz bei Rating-Agenturen
- bessere Zusammenarbeit von Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie mehr Prüfungs- und Eingriffsrechte
- verstärkte Verantwortung und Haftung der Berater und Vermittler von Finanzprodukten
- Börsenumsatzsteuer



- globale Finanzmärkte zurück zum eigentlichen Zweck (Finanzierung von Investitionen, Bereitstellung von Liquidität und Übernahme von Risiken)
- gemeinsame Finanzmarktordnung und -aufsicht für alle Produkte, alle Akteure, alle Länder
- Möglichkeit, besonders riskante Finanzprodukte zu verbieten
- bessere Infos für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer
- europäische Finanzumsatzsteuer
- Regeln für Rating-Agenturen
- sozial, gerecht und ökologisch gestaltete Finanzmärkte

DIE LINKE.

- Börsenumsatzsteuer
- Finanzsektor unter demokratische Kontrolle, strikte Regulierung
- Banken im Dienst des Gemeinwohls
- Vergesellschaftung privater Banken
- starke Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen auf europäischer Ebene
- Reform des Währungssystems (keine Abhängigkeit der Wechselkurse von spekulativen Kapitalbewegungen)
- Verbot von Leerverkäufen, außerbilanzierten Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedgefonds und Private Equity-Gesellschaften

* Wir geben die Haltung der Parteien in einer redaktionellen Fassung wieder.

Der zweite „Prüfstein“ in der nächsten Woche behandelt das Thema „Rettungsschirm für Arbeit“. Er beschäftigt sich mit der Frage, wie die Parteien in der Krise die Arbeitsplätze sichern wollen. Wir stellen ihn als PDF-Dokument zum Download auf die Internetseiten des IG BCE Landesbezirks Nordost (www.nordost.igbce.de).